



Warum die Welt auf einmal viel komplexer wurde

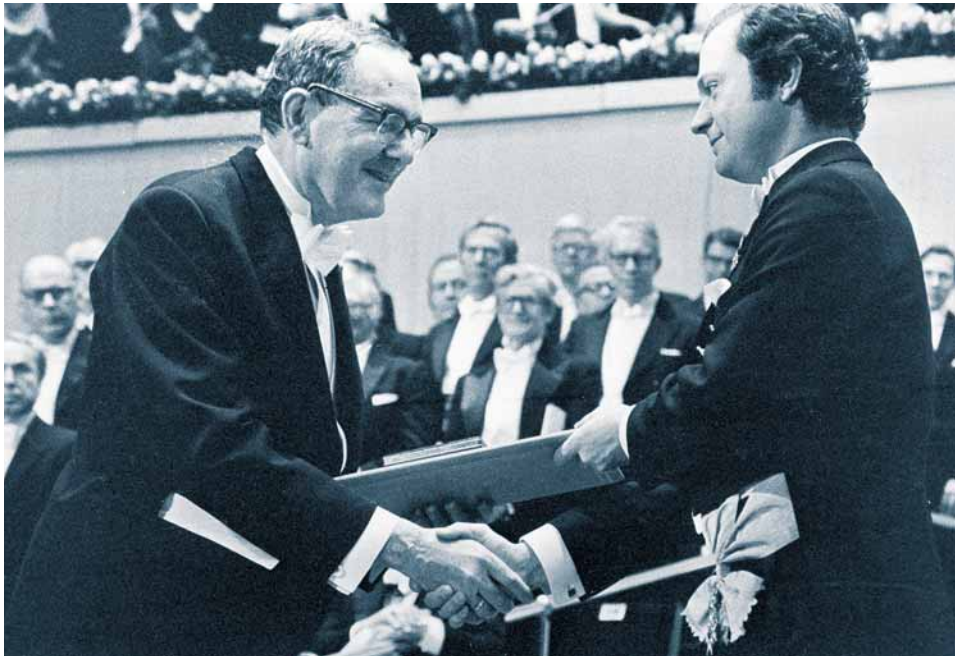
Über die historischen Wurzeln einer zeitgenössischen Redefigur

ARIANE LEENDERTZ

Im politischen Diskurs haben Verweise auf Komplexität verschiedene Funktionen. Beispielsweise dienen sie dem öffentlichen Erwartungsmanagement: Da die Dinge komplex sind, sind keine schnellen politischen Lösungen in Aussicht. Oder sie drücken, wie etwa in der Finanzkrise von 2008, Ratlosigkeit angesichts schwer zu durchschauender Zusammenhänge aus: Wer nicht genau weiß, wie ein so kompliziertes System wie das internationale Finanzsystem funktioniert, dem fällt es auch schwer herauszufinden, an welcher Stelle man ansetzen muss, um eine neuerliche Krise ähnlichen Ausmaßes zu verhindern.

Die 1970er-Jahre

Die Annahme, dass die Welt immer komplexer, damit unüberschaubarer und die Politik deshalb gefühlt immer ohnmächtiger werde, ist seit den 1970er-Jahren ein feststehender Topos gesellschaftlicher und politischer Debatten. Schon Anfang der 1970er-Jahre identifizierten US-amerikanische – und etwas später auch deutsche – Sozialwissenschaftler das Ausmaß gesellschaftlicher Komplexität als eine der Ursachen dafür, dass politische Programme oftmals nicht die erwünschten Ziele erreichten, ungewollte Nebenfolgen hatten oder gänzlich neue Probleme aufwarfen, anstatt diese zu lösen.



Herbert Simon (li.), Professor an der Carnegie Mellon Universität in Pittsburgh, erhält 1978 den Nobelpreis für Wirtschaft „für seine bahnbrechende Erforschung der Entscheidungsprozesse in Wirtschaftsorganisationen“. Der Ökonomen, Politik- und Computerwissenschaftler war davon überzeugt, dass menschliches Verhalten kein Zufall sei, sondern wissenschaftlich erforscht werden könne, weshalb er seit 1954 Entscheidungsprozesse mithilfe von Computersimulationen untersuchte. Simon hatte soziale Zusammenhänge – analog zu Phänomenen in Biologie, Physik oder Chemie – 1962 erstmals als ein „komplexes System“ charakterisiert.

Die Soziologie hatte schon im frühen 20. Jahrhundert bemerkt, dass sich soziale Phänomene durch eine besondere Komplexität auszeichneten: Sie waren ausgesprochen vielschichtig, kompliziert und von besonderen Dynamiken geprägt. Deshalb fiel es den Sozialwissenschaften im Gegensatz zu den Naturwissenschaften auch vermeintlich schwerer, ähnlich exakt Kausalbeziehungen zu identifizieren und allgemeine Entwicklungsgesetze zu formulieren. In den 1970er-Jahren schien es dann erstmals möglich zu werden, die gesellschaftlichen Zusammenhänge in ihrer gesamten Komplexität theoretisch und empirisch zu durchdringen. In den Sozialwissenschaften breitete sich ein neues analytisches Konzept von Komplexität aus, das nicht mehr nur allgemein als Synonym für Phänomene gebraucht wurde, die auf „komplizierte“ Weise miteinander zusammenhängen, sondern in das neue Erkenntnisse aus der allgemeinen Systemtheorie, der Mathematik und den Computerwissenschaften einfließen.

Durch einen neuen analytischen Begriff von Komplexität schien es in den 1970er-Jahren erstmals möglich, gesellschaftliche Zusammenhänge in ihrer Ganzheit zu durchdringen.

Eine neue Sicht auf gesellschaftliche Zusammenhänge

In den USA bemühten sich mit Todd La Porte, Ronald D. Brunner und Gary D. Brewer drei Politikwissenschaftler im besonderen Maße um die gesellschaftswissenschaftliche Fundierung eines analytischen Komplexitätsbegriffs, mit dessen Hilfe sie dann die politische Planung und Steuerung verbessern wollten. Hierbei nahmen sie besonders auf den Mathematiker Warren Weaver und auf den Ökonomen, Politik- und Computerwissenschaftler Herbert Simon Bezug. Weaver hatte 1948 das Konzept der „organisierten Komplexität“ entwickelt und Simon hatte soziale Zusammenhänge – analog zu Phänomenen in Biologie, Physik oder Chemie – 1962 erstmals als ein „komplexes System“ charakterisiert. Prägend für die neue Sichtweise in der US-amerikanischen Politikwissenschaft war damit das theoretische und begriffliche Instrumentarium der allgemeinen Systemtheorie und Kybernetik.

Komplexe Systeme verhalten sich oft kontraintuitiv.

Komplexitätstheoretische Konzepte führten nun zu einer neuartigen Sichtweise auf die Gesellschaft und zu einer neuen Art der Beschreibung und Analyse: Die „komplexe“ Gesellschaft wurde als eine große Zahl von Elementen, Faktoren, Variablen und Subsystemen verstanden, die auf mannigfaltige Weise miteinander interagierten. Diese Interaktionen überlappten sich vielfach und erzeugten positive wie negative Rückkopplungen. Vor allem gab es neben linearen Beziehungen, das heißt einfachen und direkten Kausalbeziehungen, jetzt auch nichtlineare Beziehungen. Diese konnte man nicht durch eindeutige Ursache-Wirkungs-Prinzipien erklären. Zugleich erzeugten sie in einer internen Dynamik unterschiedliche Resultate, die teils nur schwer vorhersagbar waren. Denn wie die Forscher beobachteten, verhielten sich komplexe Systeme oft kontraintuitiv. Wenn Ursache und Wirkung zeitlich und räumlich weit auseinander lagen, war es schwierig, kausale Zusammenhänge zu identifizieren. Somit war es ebenso schwer zu wissen, wo politisch der Hebel angesetzt werden sollte, um ein gesellschaftliches Problem zu lösen. Interventionen waren oftmals ineffektiv oder sie bewirkten gar das Gegenteil des Gewollten. Dies wiederum erzeugte Frustration bei Politikern und Bürgern.

Ist die Gesellschaft regierbar?

So debattierten Politiker, sozialwissenschaftliche Experten und Medien in den 1970er-Jahren in den USA und ebenso in der Bundesrepublik, in Großbritannien und in Frankreich darüber, ob die Gesellschaft überhaupt noch „regierbar“ sei. Sie fragten sich, ob der demokratische Staat die vielen Anforderungen und Aufgaben effektiv erfüllen könne und ob er in der Lage sei, trotz all der Komplexität soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen. Aus Sicht von Brewer, Brunner und La Porte verhalf das neue, analytische Verständnis sozialer Komplexität zu wichtigen Einsichten über gesellschaftliche Zusammenhänge, die man bislang nur unzureichend hatte erfassen und verstehen können. Deshalb waren bis dahin, wie die drei Politikwissenschaftler folgerten, auch politische Steuerungsversuche unzureichend geblieben.



Nach seinem Rücktritt infolge der Watergate Affäre verlässt Richard Nixon am 9. August 1974 im Hubschrauber das Gelände des Weißen Hauses in Washington D.C. Das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen befand sich auf einem historischen Tiefstand. Diskussionen über gesellschaftliche, politische und ökonomische Krisenerscheinungen durchzogen den öffentlich-politischen Diskurs, der auch die politikwissenschaftlichen Analysen erfasste.

Die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über das Ausmaß und die Mechanismen gesellschaftlicher Komplexität konnten, so die Annahme, in der Politik dazu genutzt werden, bessere und effektivere Entscheidungen zu treffen. Die anfängliche Hoffnung verflog allerdings rasch. Denn die neue Sichtweise auf gesellschaftliche Komplexität eröffnete nicht allein neue Möglichkeiten der Analyse; sie leitete nicht allein eine imaginierte Wissensrevolution ein, sondern offenbarte ebenso eine Vielzahl neuer Herausforderungen. Je mehr die Wissenschaftler ihren Blick schärften, desto komplexer und komplizierter schienen die gesellschaftlichen Probleme zu werden und desto mehr verstärkte sich ihr Eindruck eines intellektuellen und politischen Kontrollverlusts. Politische Antworten auf die Herausforderung der Komplexität zu formulieren, empfanden die Forscher damals als schwierig – wenn nicht gar als unmöglich.

Je komplexer und komplizierter die gesellschaftlichen Probleme empfunden wurden, desto mehr verstärkte sich der Eindruck, intellektuell und politisch die Kontrolle zu verlieren.

Krisendiskurse und Steuerungspessimismus

Die pessimistischen Schlussfolgerungen der Wissenschaftler waren deutlich von den zahlreichen Krisendiskursen beeinflusst, die das gesellschaftliche Klima in den USA der 1970er-Jahre prägten. Die wissenschaftliche Analyse verflocht sich für die Forscher mit dem Eindruck, dass krisenhafte Entwicklungen, gesellschaftliche Probleme und Konflikte nicht nur kein Ende nahmen, sondern sich immer weiter potenzierten. In den Augen zeitgenössischer Soziologen, Intellektueller und Politiker differenzierte sich die

US-amerikanische Gesellschaft immer stärker und zerfiel in eine Vielzahl schlagkräftiger Interessengruppen. Dadurch wirkte ein gesellschaftlicher Konsens unmöglich. Politisches System und Gesellschaft erweckten den Anschein, immer „komplexer“ zu werden: immer mehr Menschen und Gruppen, immer weitreichendere Verflechtungen, gegenseitige Abhängigkeiten und riesige Netzwerke. Deshalb seien zugleich immer häufiger ungewollte Nebeneffekte und Ereignisse mit weitreichenden Konsequenzen aufgetreten – auch weil Politik und Sozialwissenschaften nicht in der Lage gewesen seien, die dafür verantwortlichen komplexen Interdependenzen wirklich zu durchschauen.

Nach den Unruhen um 1968 waren die 1970er-Jahre in den USA von schweren politischen Skandalen und gravierenden wirtschaftlichen Problemen geprägt. Auf die Ölpreiskrise des Winters 1973/1974 folgte die schwerste Rezession seit den 1930er-Jahren; die Watergate-Affäre mündete 1974 in ein Amtsenthebungsverfahren und den Rücktritt des US-Präsidenten Richard Nixon. Bereits ein Jahr zuvor war Vizepräsident Spiro Agnew wegen Korruptionsvorwürfen und Steuerhinterziehung zurückgetreten. Das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen befand sich Umfragen zufolge auf einem historischen Tiefstand. Diskussionen über gesellschaftliche, politische und ökonomische Krisenerscheinungen durchzogen deshalb den öffentlich-politischen Diskurs, der auch die politikwissenschaftlichen Analysen erfasste. Der Aufruf zur Wissensrevolution, die Welt im Sinne der Komplexitätstheorie neu zu sehen, blieb seinen Urhebern zur Mitte des Jahrzehnts unter einem Eindruck der Überforderung und der Übermacht einer immer komplexer erscheinenden Welt, der Krise und des Kontrollverlusts gewissermaßen im Halse stecken. Kaum in der Theoriebildung eingeeht, schien sich die neue, komplexe Wirklichkeit sogleich den Versuchen zu entziehen, sie praktisch zu bewältigen.

Komplexität als politisches Argument

Ökonomen betonten die Überlegenheit der rationalen Entscheidungen freier Individuen, die allein der Autonomie sich selbst organisierender Märkte unterworfen waren.

für die Schwierigkeit, diese komplizierten Problemzusammenhänge zu durchschauen und zu verstehen; und drittens für die daraus angeblich resultierende Ohnmacht staatlicher Politik, die Probleme zu mildern oder zu lösen. Kritiker argumentierten denn auch gegen staatliche Intervention, wenn sich aufgrund von Komplexität keine eindeutigen Kausalbeziehungen identifizieren ließen. Ökonomen wie Hayek oder Friedman unterstrichen die weder durch Wissenschaft noch durch Politik oder Verwaltung adäquat zu durchdringende, geschweige denn zu steuernde Komplexität von Ökonomie und Gesellschaft und untermauerten damit die theoretische Unhaltbarkeit wirtschaftspolitischer Lenkung und Regulierung durch den Staat. Stattdessen betonten sie die Überlegenheit der rationalen Entscheidungen freier Individuen, die allein der Autonomie sich selbst organisie-

Gleichzeitig wurden Verweise auf Komplexität in den 1970er-Jahren auf vielfältige Weise zu einem Bestandteil der politischen Rhetorik. Die in der Politikwissenschaft herausgearbeiteten analytischen Konturen verwischten in der politischen Debatte, in der „Komplexität“ zu einer Metapher wurde: erstens für die Kompliziertheit und Verworrenheit der Sachprobleme; zweitens

render Märkte unterworfen waren. Aus neoliberaler Warte ließen sich mit Verweisen auf Komplexität verringerte wirtschaftspolitische Eingriffe und staatliche Vorschriften sowie gekürzte Sozialausgaben und -programme somit nicht nur weltanschaulich, sondern wissenschaftlich legitimieren.

Wer heute von politischen Entscheidungsträgern zu hören bekommt, dass man es mit einer „komplexen“ Angelegenheit zu tun habe, sollte folglich aufhorchen. Ist dies womöglich eine einfache Entschuldigung dafür, sich mit einem Problem gar nicht erst auseinanderzusetzen oder eine Entscheidung auf die lange Bank zu schieben? Gleichzeitig ist dem immer wieder neu formulierten Heilsversprechen, politische Probleme radikal zu vereinfachen, mit gesunder Wachsamkeit zu begegnen: Zwar sind manche Sachverhalte tatsächlich nicht so kompliziert, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Aber vieles, das zunächst einfach aussieht, ist schließlich doch viel komplizierter, je genauer man hinsieht.

ARIANE LEENDERTZ



Ariane Leendertz ist Historikerin und seit 2014 Leiterin der Forschungsgruppe „Ökonomisierung des Sozialen und gesellschaftliche Komplexität“ am MPIfG. Sie studierte Neuere Geschichte und Romanische Philologie und wurde 2006 an der Universität Tübingen promoviert.

Forschungsinteressen: deutsche und US-amerikanische Geschichte des 20. Jahrhunderts; Geschichte der internationalen Beziehungen; Wissenschaftsgeschichte; Ideengeschichte.

Zum Weiterlesen

LEENDERTZ, A.: *Das Komplexitätssyndrom: Gesellschaftliche Komplexität als intellektuelle und politische Herausforderung in den 1970er-Jahren*. MPIfG Discussion Paper 15/7. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln 2015.
www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp15-7.pdf

LEENDERTZ, A. & METELING, W. (HG.):
Die neue Wirklichkeit: Semantische Neuermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren. Campus, Frankfurt a. M. 2016.

LEENDERTZ, A.: *Die pragmatische Wende: Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2010.

LEENDERTZ, A.: *Ordnung schaffen: Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert*. Wallstein Verlag, Göttingen 2008.